

Ein kommunaler Fonds für Schulmaterial in Oldenburg – Geschichte einer Kampagne

1998

DONNA 45, ein Projekt mit Bildung und Werkstätten für erwerbslose Frauen in Oldenburg, das mit der ALSO eng zusammenarbeitet, gibt eine Ausstellung gegen Armut von Kindern und Frauen heraus mit dem Titel „Ohne Arbeit kein Vergnügen“, die bundesweit verschickt wird und sogar mit einem Preis der Jugendhilfe ausgezeichnet wird.

2000

Der bundesweite Zusammenschluss der Sozialhilfeinitiativen, BAG-SHI, startet eine Kampagne gegen Kinderarmut mit dem Schwerpunkt, die Anrechnung des Kindergelds auf die Sozialhilfe abzuschaffen. Die Kampagne ist immerhin so erfolgreich, dass wenigstens die Erhöhung des Kindergelds um 20 DM nicht auf die Sozialhilfe angerechnet wird.

Infos hierzu auf der alten ALSO-Website: <http://www.also-zentrum.de/archiv/them/kinder/kinder.htm>

2001

Im Laufe dieser Kampagne führen ALSO und DONNA eine Befragung von Eltern mit Kindern in der Sozialhilfe in Oldenburg durch, um die schwierigen Lebenssituationen zu dokumentieren. Flugblatt- und Plakatkaktionen, Anträge an den Stadtrat, Diskussionen mit den Ratsfraktionen und Pressearbeit führen dazu, dass die Pauschale in der Sozialhilfe für die Anschaffung von Schluranzen um 30 DM auf 80 DM erhöht wird.

2002 – 2004

In den folgenden Jahren fordert die ALSO in der Sozialberatung, auf Flugblättern und mit Infoständen vorm Sozialamt Sozialhilfeberechtigte immer wieder auf, Beihilfen für Schulbedarf beim Sozialamt offensiv zu beantragen.

2005

Im Sommer 2005 greift die ALSO das Thema Kinderarmut im Zusammenhang mit Hartz-IV wieder auf. Aktueller Anlass sind Eltern in der Sozialberatung, deren Anträge auf einmalige Beihilfen für Kosten rund um die Schule von der ARGE pauschal abgelehnt werden.

Es werden Flugblätter vor dem Amt verteilt mit der Aufforderung, Anträge trotzdem zu stellen, wenigstens auf einer darlehensweisen Gewährung von Hilfen zu bestehen, bei Ablehnung Widerspruch einzulegen. Die Möglichkeit der ARGE, solche Darlehen zu erlassen, wird öffentlich propagiert. Die Betroffenen werden bei ihren Anträgen, Widersprüchen und teils Klagen vor dem Sozialgericht von der ALSO betreut und begleitet.

Direkt nach den Sommerferien dokumentieren einige betroffene Eltern zusammen mit der ALSO ihre Situation in einem Pressegespräch. Einige zahlen einen Monat keine Miete, um ihren Kindern eine angemessene Ausstattung zum Schulbeginn zu ermöglichen, andere machen Schulden, andere schicken ihre Kinder erstmal ohne die verlangten Materialien zur Schule. Die lokale Zeitung veröffentlicht einen Bericht darüber.

In einzelnen Fällen gewährt nun die ARGE Darlehen, die allerdings zurückgezahlt werden müssen.

2006

Das Vorgehen aus dem Jahr 2005 wird von der ALSO wieder aufgegriffen – allerdings soll die Kampagne dieses Mal von vornherein auf eine zentrale Forderung zugespielt werden, die in der Kommune als spürbare Verbesserung für die Betroffenen auch tatsächlich durchgesetzt werden könnte: Die Idee eines kommunalen Fonds für Schulmaterial ist geboren.

Vor den Ferien lädt die ALSO mit einer großen Plakataktion zu einer Betroffenenversammlung ins Arbeitslosenzentrum ein. Fast vierzig Eltern schildern ihre Situation, verabschieden eine Resolution, in der sie die Einrichtung eines kommunalen Fonds für Schulmaterial fordern, und verabreden, mit Hilfe der ALSO wieder Anträge an die ARGE zu stellen und sich gegenseitig dabei zu unterstützen.

Eine Woche später veranstaltet die ALSO zusammen mit dem Kommunalpolitischen Forum Oldenburg eine Podiumsdiskussion im städtischen Kulturzentrum zum Thema Kinderarmut. Vertreter der SPD, FDP, Grünen, BFO und der Linken nehmen teil, die CDU sagt ab. Die Forderung nach dem Schulmaterialfonds wird als zentrale Maßnahme für die Haushaltsberatungen für 2007 ins Spiel gebracht. Aber noch kann sich außer der Linken keine Fraktion zur Unterstützung der Forderung durchringen.

Nach den Sommerferien wird ein weiteres Pressegespräch mit betroffenen Eltern organisiert, ein ausführlicher Artikel mit Foto erscheint in einem wöchentlichen Anzeigenblatt, dass an alle Oldenburger Haushalte verteilt wird. Parallel erarbeitet die ALSO die Broschüre „Hartz-IV – und die Schulkosten?“. Im Wahlkampf rund um die Kommunalwahlen im September wird die Broschüre an alle Fraktionen und einzelnen Ratsmitglieder verschickt. Die Linke nimmt u.a. die Forderung nach dem Schulmaterialfonds offensiv auf. In einem Vertrag vereinbaren CDU und Grüne eine Zusammenarbeit; u.a. wird darin auch der Fonds für Schulmaterialien unterstützt.

Nach der Wahl befindet sich die Linke mit vier RatsvertreterInnen in der günstigen Position, dass ihre Stimmen im Patt zwischen dem schwarz-grünen Bündnis auf der einen und SPD, FDP und BFO auf der anderen Seite über Mehrheiten entscheiden. Die Abwahl des SPD-Oberbürgermeisters verhindert, dass die SPD sich mit der CDU auf eine Große Koalition einlässt. Das Bündnis zwischen CDU und Grünen bricht an der Einrichtung eines ECE-Centers in der Oldenburger City auseinander – die Mehrheitsverhältnisse sind offen. Die Linke verhandelt mit allen Fraktionen, eine Mehrheit aus SPD, FDP, BFO und Linken kann sich auf einen Haushaltsentwurf einigen, der neben einigen sozialpolitischen Akzenten auch die Einrichtung eines Schulmaterialfonds beinhaltet. Die SPD setzt sogar durch, dass der Fonds nicht nur für Alg-II-Bezieher, sondern darüber hinaus auch für Geringverdiener zur Verfügung stehen soll.

Insgesamt werden im Haushalt für 2007 so einige soziale Verbesserungen durchgesetzt: Förderung des Frauen-Nacht-Taxis, Bauzuschuss für das autonome Frauenhaus, Förderung der ALSO, Bildungsgutscheine sowie Ermäßigung für Erwerbslose in Schwimmbädern und öffentlichem Nahverkehr.

200.000 Euro im Jahr 2007, 400.000 Euro im Jahr 2008 sollen für den Schulmaterialienfonds zur Verfügung gestellt werden.

Stand: 30. April 2007